



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, Personal und Organisation**
am 02.11.2022
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Robert Abel
Abg. Ernst Behrens
Abg. Doris Brandt
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Tobias Koch
Abg. Detlef Kück
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Hans-Jürgen Schnellrieder
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling
Abg. Hartmut Wallin

Vertretung für Abg. Mathias Ullrich

Vertretung für Abg. Susanne Mrugalla

Verwaltung

Landrat Marco Prietz
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Herr Jan Enderstein (Amt 10)
Herr Axel Bolz (Amt 20)
Herr Rainer Bruns (Amt 20)
Frau Christina Schultz (Amt 15)
Herr Andreas von Fintel (Amt 15)
Herr Oliver Hübner (Personalrat)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Frau Monika Trau (Amt 10)

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 08.06.2022
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einbringung des Haushaltsplans 2023
Vorlage: 2021-26/0244
- 6 Antrag der Kreistagsgruppe B90/DIE GRÜNEN/DIE LINKE. vom 18.03.2022: Beschleunigter und kontrollierter Ausbau von PV-Anlagen (Freiflächen- und Dachanlagen) im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/0136/1
- 7 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.05.2022: Stipendien-Programm Sozialpädagogik
Vorlage: 2021-26/0191/1
- 8 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Harling eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Mitglieder der Verwaltung und die Pressevertreter/innen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und somit der Ausschuss beschlussfähig sei. Die Abgeordneten Mrugalla und Ullrich fehlen entschuldigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 08.06.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Organisation vom 08.06.2022 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	5

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Landrat Prietz berichtet, er habe zum Thema Reaktivierung von Bahnstrecken ein gemeinsames Schreiben mit Herrn Landrat Seefried an den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Herrn Dr. Althusmann, überreicht. Hierbei gehe es um die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie bezüglich der Reaktivierung der Bahnstrecken von Bremervörde nach Stade und von Zeven-Süd nach Tostedt. Herr Dr. Althusmann habe nun geantwortet. Er werde das Antwortschreiben dem Protokoll beifügen. Im Ergebnis sei festzustellen, dass das Land Niedersachsen der Reaktivierung von Bahnstrecken positiv gegenüberstehe. Grundsätzlich sei aber die Machbarkeitsstudie der evb GmbH weitergehend durch die Landesnahverkehrsgesellschaft zu prüfen. Nach den Vorstellungen der neuen Landesregierung solle jedoch ein Lenkungskreis gebildet sowie in den nächsten Jahren neuerliche Machbarkeitsstudien gefördert werden. Somit schließe sich ein mehrjähriges landesweites Verfahren an, mit dem man nicht mit kurzfristigen Entscheidungen für einzelne Strecken rechnen könne.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Einbringung des Haushaltsplans 2023** **Vorlage: 2021-26/0244**

Landrat Prietz merkt an, dass die Kreisfinanzen in Krisenzeiten zu betrachten seien. Durch den Krieg in der Ukraine und dessen Folgen gab es erhebliche Mehrausgaben im Haushalt als in den Vorjahren, z. B. durch die Unterbringung von über 2.000 Flüchtlingen und deren Lebensunterhaltung. Des Weiteren stiegen die Mehrkosten an Energie, hauptsächlich für Strom. Auch die indirekten Mehrausgaben bei der Krankenhaussituation in Bremervörde, beim ÖPNV sowie der allgemeinen Inflation werden im Haushalt mit einem Minus von 8 Mio. Euro zu Buche schlagen. Es könne kein ausgeglichener Haushalt erzielt werden. Trotzdem sei der Landkreis voll handlungsfähig, es bestünde weiterhin die Möglichkeit, Politik zu gestalten. Die Schwerpunkte des Haushalts, der im Entwurf vorliege, seien der Breitbandausbau, die Gesundheitsversorgung, die Schulen, die Kreisstraßen sowie die Digitalisierung der Schulen und der Verwaltung. Bis zum Kreistag am 21.12.2022 würden noch Änderungen im Haushalt möglich sein. Es werde wohl zu einer Nettokreditaufnahme von ca. 40 Mio. Euro kommen.

Frau Dr. Fricke stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Eckpunkte des Haushaltsplans vor (Anlage 1). Im Wesentlichen sei festzuhalten, dass bei der Finanzlage bei Landkreis und Gemeinden eine deutliche Abschwächung erkennbar sei. Die Höhe der Kreisumlage sei bezogen auf das strukturelle Jahresergebnis 2023 zu niedrig, aber bezogen auf die positiven Vorjahresergebnisse ausgewogen und erlaube dem Kreis und den Gemeinden weiterhin jeweils ein vertretbares Maß an freiwilligen Leistungen. Die Nachwehen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges, der Inflation und der Energiepreisentwicklung bergen erhebliche Unsicherheiten. Die Schulden würden in den kommenden Jahren aufgrund der erheblichen Investitionen in den Bereichen Krankenhaus, Breitband und Schulen deutlich ansteigen. Ebenso sei zusätzliches Personal in der Kreisverwaltung erforderlich, darüber hinaus stehe die Forderung einer Tarifierhöhung von 10,5 % im Raum.

Abg. Schnellrieder merkt an, dass es einen eigenen Posten zur schnellen Umsetzung der Energiewende geben sollte. **Landrat Prietz** erläutert, dass diese Investitionen in den einzelnen Projekten enthalten seien.

Abg. Schnellrieder regt an, die eigenen Liegenschaften energetisch zu verbessern.

Abg. Koch fragt, ob es möglich sei, z. B. das Dach der Pestalozzihalle in Rotenburg mit PV-Anlagen zu bestücken. Des Weiteren sei er verwundert über das Defizit von 8. Mio. Euro bei der OsteMed in Bremervörde.

Frau Dr. Fricke antwortet, dass auf dem Dach der Pestalozzihalle keine PV-Anlage möglich sei. Es sei ein Glasdach und durch einen Austausch wäre der Charme der Halle verloren.

Landrat Prietz ergänzt, der Wirtschaftsplan der OsteMed sähe mehr Energiekosten vor. Die Vorgaben vom Land bei der Krankenhausfinanzierung würden laufend verschärft, wobei die kleineren Krankenhäuser benachteiligt würden. Die Planung sehe eine Weiterführung der OsteMed Klinik in Bremervörde vor.

Abg. Sievert weist darauf hin, dass durch die Zunahme der Flüchtlinge die Kommunen gezwungen seien, Sammelunterkünfte und Ordnungskräfte bereit zu halten. Die Kommunen sollten damit nicht allein gelassen werden. Er weise dementsprechend auf einen Antrag der SPD-Fraktion (Zuschuss zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Sammelunterkünften) hin, der im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit behandelt werden soll.

Abg. Wallin fragt, ob der Landkreis auch Jahresabschlüsse vorlegen müsse.

Frau Dr. Fricke antwortet, das sei der Fall. Die Kolleginnen und Kollegen vom Rechnungsprüfungsamt seien hierfür zuständig. Insgesamt würden noch 241 Jahresabschlüsse aus allen Städten, Samtgemeinden und Mitgliedsgemeinden fehlen.

Vorsitzender Harling ergänzt, dass jedes Jahr im Prüfungsausschuss der Jahresabschluss vorgestellt und anschließend im Kreistag beschlossen werde.

Abg. Burfeind bedankt sich im Namen der Mehrheitsfraktion für die Vorstellung des Haushaltsplans durch Frau Dr. Fricke. Sie habe ihn gut präsentiert und sei eine würdige Nachfolgerin von Sven Höhl.

Vorsitzender Harling liest den Beschlussvorschlag vor. Er weist darauf hin, dass der Passus über den Stellenplan gestrichen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation nimmt den Entwurf des Haushalts 2023 (Stand 21.10.2022) zur Kenntnis und verweist den Entwurf des Haushaltsplanes in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Antrag der Kreistagsgruppe B90/DIE GRÜNEN/DIE LINKE. vom 18.03.2022: Beschleunigter und kontrollierter Ausbau von PV-Anlagen (Freiflächen- und Dachanlagen) im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/0136/1

Abg. Schnellrieder begründet den Antrag und meint, die Verwaltung solle mutig agieren und der Energiewende proaktiv entgegensehen. Er begrüße den Beschlussvorschlag, würde aber gerne eine Ergänzung einbringen. Es sollte nicht nur die Bereitstellung von Photovoltaik-Anlagen sondern in den Gebäuden der Einsatz von Wärmepumpen geprüft werden.

Der **Abg. Brandt** gehe dieser Antrag nicht weit genug. Sie appelliere dafür, schneller in die Umsetzung zu gehen und nicht lange zu überlegen. Sobald z. B. eine Dachfläche reparaturbedürftig sei, sollte geprüft werden, ob diese mit Photovoltaik ausgestattet werden könne. Dafür müssten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sie beantrage daher für die Planung und den Einbau von Photovoltaik-Anlagen bei den landkreiseigenen Gebäuden zusätzlich 1 Mio. Euro in den Haushalt einzustellen.

Frau Schultz gibt einen Einblick in die Vorprüfung der Verwaltung. Bei der Betrachtung der landkreiseigenen Gebäude sowie der landkreiseigenen Frei- und Deponieflächen seien viele aus verschiedenen Gründen ungeeignet. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass auf den Dachflächen von 88 Objekten grundsätzlich die Installation einer PV-Anlage möglich sei. Es werde deshalb vorge-

schlagen, für die Prüfung der Wirtschaftlichkeit einen Betrag von 20.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Landrat Prietz befürwortet den weitergehenden Antrag des Abg. Schnellrieder bezüglich der Einbeziehung von Wärmepumpen. Der Antrag der SPD sei zwar gut gemeint, aber nicht zielführend. Es scheitere nicht am Geld, sondern an der personellen Leistungsfähigkeit und der generellen Machbarkeit. Zudem solle die ohnehin schon hohe Verschuldung im Kreis-Haushalt nicht noch weiter nach oben getrieben werden.

Abg. Schnellrieder lobt den Verwaltungsvorschlag, bei dem 88 Objekte herausgefiltert wurden. Dies sei ein gutes Potenzial. Er habe allerdings Bedenken bezüglich der Höhe des bereitgestellten Betrages. Die Nachfolgeprojekte müssten ingenieurmäßig begleitet werden. Als Kompromissvorschlag sollte noch ein vernünftiger Betrag „oben drauf gepackt“ werden.

Abg. Abel fragt, wie groß die Summe der Fläche sei, die energetisches Potenzial habe. **Herr von Fintel** teilt mit, dass nicht alle Flächen mit PV-Anlagen belegt werden könnten, dies müsse erst eingehend geprüft werden. Dabei sei eine wirtschaftliche Betrachtung und anschließende Priorisierung vonnöten.

Nach einer kurzen Debatte formuliert **Landrat Prietz** einen Kompromiss, wonach im Haushalt 2023 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro aufgenommen werden solle. Dieses Geld solle für die Beauftragung von Leistungen, die in den folgenden Jahren in Auftrag gegeben werden, zur Verfügung stehen. Damit könne das Gebäudemanagement handlungsfähig bleiben. Über den Fortschritt solle in diesem Ausschuss laufend berichtet werden.

Vorsitzender Harling lässt über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus der Vorprüfung ergebenden Potentialflächen für PV-Anlagen bzw. den Einsatz von Wärmepumpen in Gebäuden durch einen Fachplaner auf Eignung und wirtschaftlichen Nutzen überprüfen zu lassen. Hierzu sollen im Rahmen einer Pilotierung zunächst ein Schulgebäude, ein Verwaltungsgebäude, ein Gebäude der Abfallwirtschaft sowie eine Deponiefläche untersucht werden. Ergänzend soll ein grundsätzliches Prüfkonzept erstellt werden. Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € werden hierfür zur Verfügung gestellt. Des Weiteren wird im Haushalt 2023 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro für mögliche Beauftragungen von Leistungen in Folgejahren aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Schultz und Herr von Fintel verlassen den Sitzungsraum.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.05.2022: Stipendien-Programm Sozialpädagogik**
Vorlage: 2021-26/0191/1

Abg. Koch beschreibt die Problematik, den zunehmenden Bedarf an Sozialpädagogischen Assistenten/-innen, Erzieher/innen und Heilerziehungspfleger/innen zu decken. Deshalb beantrage die SPD-Fraktion, dass der Landkreis ein Stipendien-Programm für den Berufsbereich Sozialpädagogik auflegen möge. Es solle eine monatliche Vergütung gezahlt werden. Im Gegenzug sollen sich die Stipendiaten verpflichten, nach der Ausbildung noch mindestens fünf Jahre im Landkreisgebiet zu arbeiten. Um einen möglichen Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen zu vermeiden, solle das Modell auf der Landkreisebene angesiedelt werden.

Landrat Prietz erklärt, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sei Aufgabe der Städte und Gemeinden, da sie auch Träger der Kindertageseinrichtungen seien. Der Landkreis sollte

nicht in Konkurrenz zu ihnen auftreten, zumal bei der überwiegend schulischen Ausbildung keine Ausbildungsbefugnis beim Kreis bestehen würde. Der Fachkräftemangel sei in vielen Ausbildungsberufen vorhanden.

Abg. Schnellrieder gibt zu bedenken, dass es arbeitsrechtlich nicht möglich sei, jemanden auf Zeit zu verpflichten.

Abg. Busch pflichtet dem Landrat bei, dass es in der Verantwortung der Kommunen läge, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Seiner Meinung nach würde der Wettkampf durch diesen Antrag noch weiter angefacht.

Abg. Brandt widerspricht der Aussage des Abg. Schnellrieder. Es würden andere Stipendien vergeben werden, bei denen auch eine Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung bestehen würde. Kindergärten könnten nicht eröffnet werden, weil keine Fachkräfte gewonnen werden könnten. Für die Einrichtungen von Kinder- und Jugendpflege hätte der Kreis die Verantwortung. Gemeinden, die sich nicht leisten könnten, Stipendien zu vergeben, hätten das Nachsehen. Sie bitte darum, sich positiv zu dem Antrag zu äußern.

Abg. Schnellrieder schlägt vor, mit dem Programm an das Land heranzugehen.

Abg. Abel geht auf die bereits vorhandenen Stipendien im medizinischen Bereich ein, die eine ähnliche Stoßrichtung seien. Die Anzahl der Stipendien im sozialpädagogischen Bereich wäre ein großer Posten, der auf Dauer vom Kreis getragen werden müsste. Er stelle sich die Frage, nach welchen Kriterien die Vergabe laufen solle.

Landrat Prietz erklärt, der Vergleich mit dem Medizinstipendium passe nicht. Die Ausbildung zum/zur Erzieherin sei eine rein schulische Ausbildung. Der Landkreis würde eine dauerhafte finanzielle Belastung in Höhe von 300.000 Euro auf sich nehmen. Es könne nicht sein, dass ein „Systemfehler“, nämlich die Nichtzahlung einer Ausbildungsvergütung, mit Kreisgeld kaschiert werden solle. Man könne das Land nicht aus der Verantwortung lassen, die Ausbildung müsste dual angeboten werden. Abgesehen davon führe die Vergabe von zehn Stipendien zu Ungerechtigkeiten und Unzufriedenheit bei all denen, die keine Förderung erhalten. Er unterstütze den Vorschlag des Abg. Schnellrieder, wonach das Land in die Pflicht genommen werden solle.

Abg. Stelling schlägt vor, eine Resolution nach Hannover zu schicken.

Vorsitzender Harling lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Dieser wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Anfragen**

Liegen nicht vor.

Vorsitzender Harling beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.05 Uhr.

gez. Harling
Vorsitzender

gez. Prietz
Landrat

gez. Trau
Protokollführerin